

# Inhaltsübersicht

<i>A. Das Arzt-Patienten-Verhältnis . . . . .</i>	1
I. Rechtsnatur des Behandlungsvertrages . . . . .	1
1. Privatpatient . . . . .	1
a. Vertragsschluß . . . . .	1
b. Vertragsart . . . . .	2
2. Kassenpatient . . . . .	2
II. Vertragliche Verpflichtungen des Arztes bzw. der Krankenkasse . . . . .	3
1. Privatpatient . . . . .	3
2. Kassenpatient . . . . .	3
III. Vertragliche Verpflichtungen des Patienten bzw. der Krankenkasse . . . . .	4
1. Privatpatient . . . . .	4
2. Kassenpatient . . . . .	4
IV. Geschäftsführung ohne Auftrag . . . . .	4
<i>B. Von der GOÄ 1982 betroffener Personenkreis und Anteil an der Gesamtliquidation der Ärzte . . . . .</i>	6
I. Die Betroffenen . . . . .	6
II. Anteil am Vergütungsvolumen der Ärzte . . . . .	7
<i>C. Historische Entwicklung des ärztlichen Gebührenrechts in Deutschland . . . . .</i>	8
I. Die preußische Gebührenordnung (Preugo) von 1896 .	8
1. Ermächtigungsgrundlage und Entstehung . . . . .	8
2. Inhalt und Rechtscharakter . . . . .	8
3. Weitere Entwicklung . . . . .	9
II. Die Privat-Adgo von 1928 . . . . .	9
1. Entstehung . . . . .	9
2. Vergleich zur Preugo . . . . .	10
3. Rechtscharakter . . . . .	10

## VIII Inhaltsübersicht

III. Die E-Adgo von 1928 und Analogbewertungen im Kassenarztbereich . . . . .	11
1. Die Ersatzkassen-Adgo . . . . .	11
2. Analogbewertungen im Kassenarztbereich . . . . .	11
IV. Die GOÄ von 1965 . . . . .	11
1. Entstehung . . . . .	11
a. Ermächtigungsgrundlage . . . . .	12
b. Entwicklung aus der E-Adgo und Ende der Preugo als amtlicher Gebührenordnung . . . . .	12
2. Inhalt und Rechtscharakter . . . . .	12
V. Wichtige Entwicklungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung . . . . .	13
1. BMÄ für die RVO-Kassen, 1971 . . . . .	13
2. Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz von 1977 und EBM von 1978 . . . . .	13
VI. Entstehung der Gebührenordnung für Ärzte vom 12. November 1982 . . . . .	14
1. Gründe für die Novellierungsbedürfigkeit der GOÄ 1965 . . . . .	14
a. Diskrepanz zur wirtschaftlichen Entwicklung . . . . .	14
b. Fehlende Anpassung an die medizinisch-technische Entwicklung . . . . .	15
c. Keine Parallelentwicklung zu den Gebührenordnungen in der gesetzlichen Krankenversicherung . . . . .	15
d. Unzureichende Transparenz bei der Rechnungslegung . . . . .	15
e. „Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Zahlungspflichtigen“ als Kriterium . . . . .	15
2. Entstehung von den Vorarbeiten bis zum Inkrafttreten am 1. Januar 1983 . . . . .	16
a. Die Jahre der Vorarbeiten . . . . .	16
b. Beschuß des Bundeskabinetts über den Verordnungsentwurf . . . . .	16
c. Änderungen durch den Bundesrat . . . . .	17
d. Billigung durch die Bundesregierung . . . . .	17
D. Zielsetzung und wesentlicher Inhalt der neuen GOÄ von 1982 . . . . .	18
I. Zielvorstellungen, die bei der Entstehung zum Tragen gekommen sind . . . . .	18
II. Wesentlicher Inhalt . . . . .	18
1. Regelungen, die beibehalten wurden . . . . .	18
2. Neuregelungen . . . . .	19

a. Leistungsverzeichnis . . . . .	19
b. Reduzierung der Gebührenspanne und Einteilung der Leistungen in persönlich-ärztliche und überwiegend medizinisch-technische . . . . .	19
c. Regelspanne und Begründungspflicht . . . . .	19
d. Bemessungskriterien . . . . .	19
e. Abdingung . . . . .	20
f. Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte . . . . .	20
g. Keine Doppelberechnung . . . . .	20
h. Transparenz der Arztrechnung . . . . .	21
3. Resonanz bei den Betroffenen . . . . .	21
<b>E. Privatärztliches Gebührenrecht vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Freiheitsgarantien einerseits und öffentlicht-rechtlicher Bindung des Arztberufs andererseits .</b>	<b>22</b>
I. Vertrags- und Berufsfreiheit . . . . .	22
1. Art. 2 Abs. 1 GG . . . . .	22
2. Vorrang des Art. 12 Abs. 1 GG . . . . .	22
II. Berufsfreiheit und staatliche Gebührenordnung . . . . .	23
1. Gebührenordnung als Berufsausübungsregelung . . . . .	23
2. Gemeinschaftsbezogenheit und öffentlich-rechtliche Bindung des Arztberufs . . . . .	23
a. Die Aussage des § 1 BÄrzteO . . . . .	24
b. Berufspflichten nach der Berufsordnung . . . . .	25
c. Schlußfolgerung im Hinblick auf Art. 12 Abs. 1 GG	26
<b>F. Verfassungsmäßigkeit der Ermächtigungsnorm des § 11 BÄrzteO . . . . .</b>	<b>27</b>
I. Gesetzgebungskompetenz des Bundes – ärztliches Gebührenrecht als „Recht der Wirtschaft“ im Sinne des Art. 74 Nr. 11 GG . . . . .	28
1. Der Begriff „Recht der Wirtschaft“ im Sinne des Art. 74 Nr. 11 GG – § 11 BÄrzteO als Preisrecht . . . . .	28
2. Historische Herleitung . . . . .	29
3. Entstehungsgeschichte des § 11 BÄrzteO . . . . .	30
4. Verhältnis zur Kompetenzzuweisung in Art. 74 Nr. 19 GG (Zulassung zu ärztlichen Heilberufen) . . . . .	30
II. Ausreichende Bestimmtheit des § 11 BÄrzteO als Ermächtigungsnorm . . . . .	31
1. Inhalt . . . . .	31
2. Zweck . . . . .	32
3. Ausmaß . . . . .	32

<b>G. Rechtsnatur der neuen GOÄ und verfassungsrechtliche Würdigung . . . . .</b>	<b>34</b>
<b>I. Begriffliche Einordnung und Verhältnis zu § 612 Abs. 2 BGB . . . . .</b>	<b>34</b>
1. „Taxe“ im Sinne des § 612 Abs. 2 BGB . . . . .	35
a. Zwingende Regelungen . . . . .	35
b. Subsidiäre Taxen, Beispiel der Preugo . . . . .	35
c. Primäre Dispositivtaxen, Beispiel der GOÄ 1965 .	36
2. GOÄ 1982 als primär-teildispositive Gebührenordnung . . . . .	37
a. Primäre Geltung . . . . .	37
b. Teildispositivität . . . . .	38
c. Taxe im Sinne des § 612 Abs. 2 BGB? . . . . .	39
<b>II. Ist die GOÄ 1982 ihrem Rechtscharakter nach von der Ermächtigungsnorm gedeckt? . . . . .</b>	<b>40</b>
1. Bedeutung des Wegfalls der Subsidiaritätsklausel (§ 11 BÄrzteO – § 80 Abs. 2 GewO von 1883) . . . . .	41
2. Interessenabwägung nach § 11 Satz 3 BÄrzteO . . . . .	42
<b>III. Teildispositivität als Einschränkung der Berufsfreiheit . . . . .</b>	<b>43</b>
<b>H. Die Bemessung des Honorars nach der GOÄ . . . . .</b>	<b>45</b>
<b>I. Allgemeines . . . . .</b>	<b>45</b>
<b>II. Eingeschränkter Gebührenrahmen für medizinisch-technische Leistungen . . . . .</b>	<b>46</b>
<b>III. Bestimmung des Honorars anhand der Kriterien des § 5 Abs. 2 . . . . .</b>	<b>47</b>
1. Schwierigkeit der Leistung . . . . .	47
a. Feststellung bei der Einzelleistung, § 5 Abs. 2 Satz 1 . . . . .	47
b. Schwierigkeit des Krankheitsfalles bei persönlichen ärztlichen Leistungen, § 5 Abs. 2 Satz 2 . . . . .	48
2. Zeitaufwand . . . . .	49
3. Umstände bei der Ausführung . . . . .	50
4. Örtliche Verhältnisse . . . . .	52
5. Die Bestimmung nach billigem Ermessen . . . . .	53
a. Einzelfallbezogene Ermessensausübung . . . . .	53
b. Zusammentreffen mehrerer Bemessungskriterien .	53
<b>IV. Bedeutung der Regelspanne zwischen dem Einfachen und 2,3 fachen (1,8 fachen) des Gebührensatzes . . . . .</b>	<b>54</b>
1. 2,3 als „Regelhöchstsatz“ . . . . .	55
2. Liquidationsverhalten der Ärzte . . . . .	57
<b>V. Das Überschreiten der Regelspanne . . . . .</b>	<b>57</b>

1. Die Besonderheitenregel des § 5 Abs. 2 Satz 4 zweiter Halbsatz . . . . .	57
2. Liquidationsverhalten der Ärzte . . . . .	59
<b>VI. Entsprechende Bewertung nicht im Gebührenverzeichnis enthaltener Leistungen . . . . .</b>	<b>60</b>
1. Selbständige, nicht im Gebührenverzeichnis aufgeführte Leistung . . . . .	60
2. Keine besondere Ausführung einer anderen Leistung . . . . .	60
3. Gleichwertige Leistung . . . . .	61
<b>VII. Keine gesonderte Berechnung der Praxiskosten . . . . .</b>	<b>61</b>
 <b>I. Anforderungen an die Rechnungslegung bei Gebührenbemessung nach der GOÄ . . . . .</b>	<b>62</b>
I. Fälligkeit des ärztlichen Vergütungsanspruchs, Verjährung . . . . .	62
II. Mindestinhalt der Rechnung . . . . .	63
1. Das Datum der Leistungserbringung . . . . .	64
2. Nummer und Bezeichnung der einzelnen erbrachten Leistung . . . . .	64
3. Betrag und Steigerungssatz . . . . .	65
4. Schriftliche Begründung bei Überschreiten der Regelspanne . . . . .	65
5. Bezeichnung auf Verlangen erbrachter Leistungen . . . . .	65
6. Nennung des Minderungsbetrages nach § 6a Abs. 1 . . . . .	65
7. Angaben bei Entschädigungen und Auslagen . . . . .	66
8. Kennzeichnung bei Analogbewertung . . . . .	66
III. Verfassungsrechtliche Bedenken . . . . .	66
1. Deckung durch die Ermächtigungsgrundlage . . . . .	66
2. Einschränkung der Berufsausübungsfreiheit . . . . .	67
IV. Einzelprobleme der Rechnungslegung . . . . .	68
1. Anforderungen an die Angabe des Steigerungssatzes . . . . .	68
2. Die formelle Begründungspflicht . . . . .	69
3. Diagnoseangabe auf der Rechnung . . . . .	70
4. Transparenz kontra Schonung des Patienten . . . . .	72
 <b>J. Möglichkeit und Grenzen der Honorarvereinbarung . . . . .</b>	<b>75</b>
I. Keine Vereinbarung eines anderen Gebührenverzeichnisses . . . . .	75
II. Vereinbarung eines Pauschalhonorars? . . . . .	76
1. Begriffsbestimmung . . . . .	76
2. Bedeutung für den Patienten . . . . .	77
3. Herleitung der Unzulässigkeit aus dem Zusammenspiel zwischen § 2 und § 12 . . . . .	77

4. Herleitung durch Beleuchtung des Verhältnisses zwischen § 2 und § 5, Begriff der „Höhe der Vergütung“ . . . . .	79
5. Blick auf die BRAGO und die StBGebV . . . . .	80
a. Steuerberatergebührenverordnung . . . . .	80
b. Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung . . . . .	80
III. DM-Betrag für Einzelleistungen . . . . .	81
IV. Abdingung von Punktzahl oder Punktwert? . . . . .	81
V. Vereinbarung eines Gebührenrahmens? . . . . .	82
1. Aussagewert des § 2 Abs. 1 . . . . .	83
2. Heranziehung des § 2 Abs. 2 . . . . .	84
3. Interessenlage bei Patient und Arzt . . . . .	85
VI. Bedeutung der Berufsordnung . . . . .	85
1. Angemessenheit . . . . .	85
2. Keine generelle Vereinbarung eines einheitlichen Steigerungssatzes . . . . .	86
VII. Abdingung bei dringlichen Behandlungsfällen? . . . . .	86
VIII. Honorarvereinbarung und AGB-Gesetz . . . . .	87
1. Allgemeine Geschäftsbedingung im Sinne des § 1 AGB-Gesetz . . . . .	87
2. Bedeutung der Anwendbarkeit des AGB-Gesetzes auf Honorarvereinbarungen unter Geltung der GOÄ 1982 . . . . .	88
3. Einbeziehungsvoraussetzungen nach dem AGB-Gesetz . . . . .	89
a. Die Voraussetzungen nach § 2 Abs. 1 AGB-Gesetz . . . . .	89
b. Die negative Einbeziehungsvoraussetzung des § 3 AGB-Gesetz . . . . .	89
4. Inhaltskontrolle nach § 9 AGB-Gesetz? . . . . .	94
a. Die Voraussetzungen nach § 8 AGB-Gesetz . . . . .	94
b. Die unangemessene Benachteiligung im Sinne des § 9 AGB-Gesetz . . . . .	98
IX. Honorarvereinbarung und Kartellrecht . . . . .	99
X. Die Anforderungen des § 2 Abs. 2 GOÄ . . . . .	101
1. Schriftform . . . . .	101
2. Stellvertretung durch Sprechstundenhilfe oder anderen Arzt? . . . . .	101
3. Abschluß der Honorarvereinbarung vor der ärztlichen Leistungserbringung . . . . .	103
a. Allgemeines . . . . .	103
b. Vereinbarung zwischen Arzt und Vertreter des Patienten . . . . .	103
c. Honorarvereinbarung als Geschäftsführung ohne Auftrag . . . . .	105
XI. Rechtslage bei unwirksamer Honorarvereinbarung . . . . .	106
1. Auswirkungen auf den Behandlungsvertrag? . . . . .	106
2. Bestimmung der Gebühren . . . . .	108

XII. Bedeutung der Honorarvereinbarung bezogen auf das gesamte Liquidationsaufkommen . . . . .	109
<i>K. Anforderungen an die Rechnungslegung bei Gebührenbemessung nach einer Honorarvereinbarung</i> . . . . .	110
I. Die Abrechnungsbestandteile des § 12 Abs. 2 Satz 1 . . . . .	110
II. Die Begründungspflicht nach § 12 Abs. 2 Satz 2 . . . . .	110
1. Der Wortlaut des § 12 . . . . .	111
2. Die Materialien . . . . .	111
3. Auslegung nach dem Sinn der Vorschrift . . . . .	112
4. Angabe einer fiktiven Honorarhöhe und gegebenenfalls einer fiktiven Begründung? . . . . .	113
III. Vertragliche Nebenpflicht zur Angabe einer Begründung . . . . .	114
<i>L. Vereinbarung eines Vorschusses?</i> . . . . .	118
I. Gesichtspunkte der GOÄ . . . . .	118
II. Vorschuß und ärztliches Standesrecht . . . . .	119
<i>M. Unterschreiten und Erlaß</i> . . . . .	120
I. Honorarvereinbarung . . . . .	120
II. Erlaßvertrag . . . . .	120
III. Standesrechtliche Schranken . . . . .	121
<i>N. Nichterscheinen des Patienten zum vereinbarten Behandlungstermin</i> . . . . .	122
I. Ausbleiben des Patienten im Rahmen eines bestehenden Behandlungsvertrages . . . . .	122
1. Vorzeitige Beendigung des Behandlungsvertrages durch Kündigung . . . . .	122
2. Annahmeverzug des Patienten . . . . .	123
II. Nichterscheinen beim ersten Behandlungstermin . . . . .	125
<i>O. Gebührenanspruch bei Schlechtleistung des Arztes</i> . . . . .	126
I. Vergleich mit § 16 Abs. 1 KostO . . . . .	127
II. Der Gesichtspunkt wirtschaftlicher Leistungserbringung	128

## XIV Inhaltsübersicht

<i>P. Bedeutung der Honorarminderungspflicht nach § 6a GOÄ . . . . .</i>	129
I. Harmonisierungsnovelle und Änderung der Bundespflegesatzverordnung zum 01.01.1986 . . . . .	129
II. Anforderung an die Rechnungslegung . . . . .	131
<i>Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) . . . . .</i>	132
<i>Literatur . . . . .</i>	138